

Themen / Altersarmut steigt in Deutschland weiter an



12.10.2015, STUDIE

## Das Risiko für Altersarmut steigt in Deutschland weiter an

Jeder Mensch hat ein Recht darauf, in Würde alt zu werden. Dazu gehört ein auskömmliches Einkommen im Alter. Doch viele Deutsche sind bereits heute armutsgefährdet. Wir haben die Altersarmut nach Bundesländern und sozialen Gruppen untersucht und erforscht, wie sich das Armutsrisiko im Alter zukünftig entwickeln wird.

In Deutschland nimmt der Anteil der über 65-Jährigen, die im Alter armutsgefährdet sind, zu. Während 2006 jeder zehnte Ruheständler von Altersarmut bedroht war, war es 2013 schon jeder siebte. Besonders häufig betroffen sind Frauen, Alleinstehende, Geringqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund. Und das Risiko für Altersarmut ist regional ganz unterschiedlich verteilt. Das sind die Ergebnisse einer neuen Studie der Bertelsmann Stiftung.

Im Bundesdurchschnitt stieg der Anteil armutsgefährdeter Menschen bei den über 65-Jährigen zwischen 2006 und 2013 von 10,4 Prozent auf 14,3 Prozent. Am niedrigsten war er 2013 in Berlin, Sachsen und Hamburg (11,0, 11,5 und 11,7 Prozent). Das Saarland, Rheinland-Pfalz und Bayern wiesen die höchsten Quoten auf (19,2, 17,8 und 17,0 Prozent). Die hohe Armutsgefährdung in diesen drei Bundesländern steht im Zusammenhang mit niedrigen Frauenbeschäftigtenquoten und Einkommen in der Vergangenheit.

## **In den ostdeutschen Bundesländern steigt die Wahrscheinlichkeit für Altersarmut**

2013 waren in Westdeutschland ältere Menschen häufiger armutsgefährdet als in Ostdeutschland (14,8 gegenüber 12,5 Prozent). Dieser Trend dürfte sich aber innerhalb der nächsten 10 Jahre umkehren, denn im Osten ist das Armutsrisiko bei den 50- bis 64-Jährigen bereits deutlich höher als im Westen (19,5 gegenüber 11,2 Prozent). Wenn diese Altersgruppe in Rente geht, wird das Risiko für Altersarmut in allen ostdeutschen Bundesländern und im Stadtstaat Berlin voraussichtlich deutlich zunehmen. Im Westen wird es dagegen in den meisten Bundesländern auf gleichem Niveau weiterbestehen.

Abbildung 1: Armutsgefährdungsquoten im Alter ab 65 Jahren auf Bundesländerebene im Jahr 2013, Bundesmedian (in Prozent)



Quelle: Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder 2015 und © Geolabus-DE/BKG 2013 (Daten verändert), eigene Berechnungen

Aktuell sind in Westdeutschland im Schnitt mehr Menschen von Altersarmut bedroht als im Osten der Republik. Doch dieses Verhältnis könnte sich bald umkehren.

Frauen, Geringqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund besonders betroffen

Der Studie zufolge sind Frauen deutlich häufiger von Altersarmut bedroht als Männer (16,2 gegenüber 12 Prozent). Für Frauen, die in Einpersonenhaushalten leben, ist das Risiko sogar doppelt so hoch wie für Männer in Singlewohnungen. Auch für Geringqualifizierte und Bürger mit Migrationshintergrund oder mit ausländischem Pass gilt im Alter ein besonders hohes Armutsrisiko (24,9, 32 und 39 Prozent). Diese Gruppen sind überdurchschnittlich häufig von unterbrochenen Erwerbsbiographien, hohen Teilzeitarbeitsquoten und niedrigen Löhnen betroffen, was die Wahrscheinlichkeit für niedrige Renten und Altersarmut erhöht. Die Zunahme des Armutsrisikos und die vielfältigen Benachteiligungen armer Menschen stellen die Politik von Bund, Ländern und Kommunen vor große Herausforderungen. Der Bund ist gefragt, Altersarmut langfristig zu reduzieren - zum Beispiel durch Reformen auf dem Arbeitsmarkt und im System der Rentenversicherung.

Die Studie sieht auch die Kommunen in einer wichtigen Rolle: Sie können einen Beitrag zur Prävention von Altersarmut leisten, indem sie beispielsweise durch den Ausbau der Kindertagesbetreuung die Erwerbsbeteiligung von Müttern ermöglichen. Andererseits können Kommunen die Folgen von Altersarmut abmildern, indem sie intensive soziale Betreuungs- und Unterstützungsangebote für ältere Menschen vor Ort bereitstellen.

Brigitte Mohn, Mitglied des Vorstands der Bertelsmann Stiftung, weist zudem darauf hin, dass ältere Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind, eine gute gesundheitliche Versorgung und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe benötigen, die vor Ort bedarfsgerecht gestaltet werden müssen. Dazu sei eine Städtebaupolitik nötig, die soziale Segregation vermeide und für seniorenrechtlichen und bezahlbaren Wohnraum Sorge, so Mohn.

**Die komplette Studie "Demographie konkret - Altersarmut in Deutschland" und eine Kurzfassung der Untersuchung finden Sie in der rechten Spalte.**



Artikel als PDF

speichern



Per E-Mail

versenden



Teilen



Drucken